

Protokoll

über die 17. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 04.06.2015, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:29 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Detlev Blohm
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Jan Höpermann
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Stephan Schwartz

stellvertr. Vorsitzender

WSI:

Frau Ingrid Paradies
Frau Anette Wente

SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Rüdiger
Herr Thorsten Zipperich

stellvertr. Ausschussmitglied

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Thomas Grabau
Herr Willibald Ulbrich

Vorsitzender
stellvertr. Ausschussmitglied

FDP-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Jugendbeirat:

Herr Raphael Ahlemann

Umweltbeirat:

Herr Jens Peyn

Verwaltung:

Herr Jürgen Brix

Protokoll der 17. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses
vom 04.06.2015

Frau Maren Korte
Herr Klaus Lieberknecht
Frau Christiane Maylahn
Herr Wolfgang Meinert
Herr Burkhard Springer
Frau Sonja Taschendorf
Frau Birgit Woywod
Herr Jens Zwicker

Fachdienst 2-63
Fachbereichsleiter 2
Leitstelle Umweltschutz
Prüfdienste
Fachdienstleiter 1-40
Schriftführerin
Fachdienstleiterin 2-60
Fachdienstleiter 2-61

Stadtentwässerung:

Herr Uwe Harms

Werkleiter

Gäste:

Frau Gertrud Borgmeyer
Herr Andreas Herwig
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärgel
Herr Dr. Detlef Murphy
Frau Merle Zadeh

Ratsfrau
Schulleiter der GHS, zu TOP 7.1
Ratsfrau
Ratsfrau
stellvertr. Ausschussmitglied
june architects, zu TOP 7.2

Es fehlte entschuldigt:

Seniorenbeirat:

Frau Dr. Sigrun Klug
Herr Reinhard Schuster

Vertreter Kleingartenverein:

Herr Jörn Stührenberg

Vertreter Ortsbauernverband:

Herr Richard Möller

Es sind ca. 16 Einwohner und 2 Vertreter der Presse anwesend.

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Grabau alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Herr Grabau verpflichtet die Herren Willibald Ulbrich und Thorsten Zipperich als stellvertretende bürgerliche Mitglieder durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten sowie Verschwiegenheit und führt diese in ihr Amt ein.

Aus Rücksicht auf die Zuschauer und Gäste schlägt Herr Grabau vor die Punkte 7.1 und 7.2 zeitlich vorzuziehen ohne ihre Nummerierung im Protokoll zu ändern.

Der Ausschuss stimmt mit dieser Änderung einstimmig der Tagesordnung zu.

Herr Grabau beantragt für die Punkte 8 und 9 die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit 13 Ja / 0 Nein/ 0 Enthaltungen zu.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Anfragen zu Kleingartenangelegenheiten
- 3.) Mitteilungen zu Kleingartenangelegenheiten
- 4.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 16. Sitzung vom 07.05.2015
- 5.) Anhörung Beiräte
- 6.) Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 6.2 Mobilunterkunft Ansgariusweg;
hier: Darstellung von Mehrkosten
Vorlage: MV/2015/046
 - 6.3 Klimaschutzkonzept für die Stadt Wedel
hier: Sachstand Mai 2015
Vorlage: MV/2015/042
 - 6.4 Sonstiges
- 7.) Beschlussvorlagen
 - 7.1 Aufstellung von Klassenraum-Containern für die GHS;
hier: Festlegung des Standortes
Vorlage: BV/2015/061
 - 7.2 Neubau einer städtischen Wohnunterkunft an der Feldstraße
hier: Baubeschluss
Vorlage: BV/2015/048

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 8.) Beschlussvorlagen
 - 8.1 Neubau einer städtischen Wohnunterkunft
Vorlage: BV/2015/052
- 9.) Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen



10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin erklärt, dass die Elternschaft großes Interesse an einer langfristigen Perspektive für das Platzproblem an der Gebrüder-Humboldt-Schule hat.

Herr Peyn berichtet, dass er wiederholt die Akustik im Ratssaal bemängelt hat und ihm immer nur gesagt wird, dass die Mikrofonanlage in Ordnung ist. Das wird von der Verwaltung bestätigt. Man hat die Anlage mehrfach geprüft und festgestellt, dass die Technik in Ordnung ist. Die Mikrofone werden aber häufig falsch bedient.

Weiter will Herr Peyn wissen, wie die Stadt mit dem „drohenden Verkehrsinfarkt“ umgehen will.

2.) Anfragen zu Kleingartenangelegenheiten

Es ist kein Vertreter anwesend.

3.) Mitteilungen zu Kleingartenangelegenheiten

Es ist kein Vertreter anwesend.

4.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 16. Sitzung vom 07.05.2015

Herr Dr.Thöm bittet um die Änderung des Protokolls. Unter TOP 6.1 auf S.6 soll der letzte Satz des ersten Absatzes wie folgt ergänzt werden: „..., wenn sich das aus der genauen Grenzbestimmung ergeben sollte.“

Mit dieser Änderung genehmigt der Ausschuss das Protokoll mit 9 Ja / 0 nein / 4 Enthaltung.

5.) Anhörung Beiräte

Der Seniorenbeirat hat sich entschuldigt. Der Jugend- und der Umweltbeirat haben nichts zu berichten.

6.) Mitteilungen und Anfragen

6.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Frau Woywod fragt, wer am 11.06.2015 an der Straßenbefahrung teilnimmt. Es melden sich Frau Wente und Frau Dorbandt und die Herren Ulbrich, Dr.Thöm, Rüdiger, Ahlemann, Schneider, Blohm und Grabau. Herr Kloevekorn sagt unter Vorbehalt zu.



Im Zusammenhang mit der Beleuchtung Holmer Straße erkundigt sich Frau Woywod, welche Informationen noch gefordert werden. Herr Schwarz erklärt, dass die Verwaltung aufgefordert war, weitere Optionen zu prüfen, um zu verhindern, dass nichts mehr passiert. Herr Dr. Thöm stellt den Antrag, die Realisierbarkeit eines 50 cm-breiten Kabelkanals abschnittsweise zu untersuchen. Frau Woywod zeigt einen Plan, indem alle Abschnitte für die die Zustimmung der Anlieger fehlt markiert sind. Es gibt bis zum Krankenhaus 20 Lampen, davon werden vier umgerüstet. Für 11 Lampen wurde die Zustimmung verweigert, bei einer hat sich der Anlieger nicht geäußert, bei zwei weiteren werden mehr Informationen gewünscht und nur bei 2 Lampen haben die Grundstücksbesitzer zugestimmt. Jetzt müsste man die Eigentumsverhältnisse genau klären, da häufig nicht richtig gebaut bzw. gepflanzt wird. Dafür muss eine Vermessung beauftragt werden, die Kosten von 5.500 € verursachen würde. Diese Kosten sind nicht im Haushalt vorhanden und müssten von anderen Maßnahmen abgezogen werden.

Herr Kloevekorn weist daraufhin, dass es im Grünstreifen schon Kabel gibt. Dies wird bestätigt. Die Stadtwerke haben ein Kabel hier liegen und verhandeln mit dem Land über ein zweites. Die Stadt hat aber eine Ablehnung vom Land erhalten. Warum das Kabel der Stadtwerke genehmigt wurde und das der Stadt nicht, ist der Verwaltung nicht bekannt. Herr Grabau erklärt, dass die Beleuchtung Holmer Straße in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung steht und die Stadtwerke dazu eingeladen werden. Man einigt sich darauf, dass die Verwaltung prüfen soll, ob die Vermessung finanziert werden kann.

**6.2.) Mobilunterkunft Ansgariusweg;
hier: Darstellung von Mehrkosten
Vorlage: MV/2015/046**

Herr Zwicker stellt den Sachverhalt dar.

Herr Dr. Thöm erkundigt sich nach der Bezugsgröße der Mehrkosten und sagt, dass die Inventarkosten absehbar gewesen sind. Die Bezugsgröße im Investitionshaushalt ist 75.000 €, antwortet Herr Zwicker, für den laufenden Aufwand kann man keine benennen. Der Bedarf an Container ist erst im Januar 2014 absehbar gewesen, so dass man diese in den Haushaltsplanungen gar nicht berücksichtigen konnte.

Herr Kloevekorn erklärt, dass man die Kosten aber unabhängig von den Haushaltsplanungen hätte ankündigen können, auch wenn diese Höhe nicht vorhersehbar war.

Herr Blohm folgert, dass die Mehrkosten zu Lasten anderer Projekte gehen und fragt, welche konkret betroffen sind. Die Verwaltung antwortet, dass keine direkt betroffen waren, da die Mehrkosten dem letzten Haushaltsjahr zugerechnet werden.

**6.3.) Klimaschutzkonzept für die Stadt Wedel
hier: Sachstand Mai 2015
Vorlage: MV/2015/042**

Herr Ulbrich erkundigt sich nach dem Stand der Bemühungen des Klimaschutzfonds, zusätzliche Gelder einzuwerben. Frau Maylahn antwortet, dass der Fonds, die Förderung auch aus eigenen Mitteln zugesichert hat. Er wird sich aber weiterhin um Spenden bemüht.

6.4.) Sonstiges

Herr Rüdiger erinnert an den Antrag, eine ganztägige Geschwindigkeitsbegrenzung in der Mühlenstraße einzuführen. Er berichtet, dass er in Erfahrung gebracht hat, dass Städte über 20.000 Einwohner dies selbst entscheiden können. Die Ver



waltung erwidert, dass dies in die Zuständigkeit des Fachdienstes 1-30 und des Planungsausschusses fällt.

Herr Grabau schlägt Herrn Rüdiger vor, dass er seine Quellen der Verwaltung zur Verfügung stellt.

7.) Beschlussvorlagen

7.1.) Aufstellung von Klassenraum-Containern für die GHS; hier: Festlegung des Standortes Vorlage: BV/2015/061

Herr Zwicker führt in das Thema ein. Er berichtet, dass es heute ein sehr konstruktives Gespräch mit dem Bürgermeister, der Schule, den Eltern und der Verwaltung gegeben hat. Es wurde besprochen, dass die Nutzung der jetzigen Sportfläche auf dem Schulhof den geringsten Eingriff in die Umgebung darstellt. Die Schule hat darüber hinaus angeregt, die Schulsozialarbeit auszulagern, um in deren Räume Klassen unterzubringen. Dies wird geprüft werden.

Herr Rüdiger fragt, ob die Errichtung eines festen Gebäudes auf dem Gelände des Schulgartens mit einer Erweiterung der danebenliegenden privaten Fläche möglich ist. Die Verwaltung antwortet, dass man die Privatfläche nur auf drei Jahre anmieten kann und nur die Option erhält, zweimal das Mietverhältnis um jeweils ein Jahr zu verlängern. Außerdem würden die Container über die Baugrenze ragen und sind daher planungsrechtlich nicht möglich.

Herr Rüdiger regt an, die Räume des Blutspendedienstes zu nutzen. Der Schulleiter Herr Herwig erklärt, dass die keine eigenen Räume haben. Er führt aus, dass die Situation katastrophal ist, da keinerlei Räume in der Schule mehr zur Verfügung stehen. Die Schule hat sich auf den Ratsbeschluss verlassen und entsprechend geplant. Man stimmt dem Standort auf dem Bolzplatz nur zu, um weitere Verzögerungen zu verhindern. Die Schule will aber eine schnelle langfristige bauliche Lösung.

Herr Dr. Thöm fragt, ob die Fläche des Spielplatzes nicht teilbar ist. Dies wird verneint. Auf dem Gelände stehen schützenswerte Bäume, so dass nur ein Teil der Fläche nutzbar ist.

Frau Paradies erkundigt sich nach einer baulichen Lösung. Herr Lieberknecht erklärt, dass erst der Schulentwicklungsplan abgewartet werden muss, um den langfristigen Bedarf zu ermitteln. Die Planungskosten müssen dann in den Haushalt für 2016 eingeworben werden.

Herr Kloeveborn glaubt, dass die Summe von 235.000 € nicht ausreicht, da bestimmte Gewerke fehlten und will wissen, warum nicht gleich die richtige Summe genannt wird. Die Verwaltung erklärt, dass Schul- mit Wohncontainer nicht vergleichbar sind. Die Kosten-schätzung beruht auf den Erfahrungen, die man mit den Containern der ASS gemacht hat. Herr Ulbrich fragt, wie lange es dauern würde, wenn man die Schulpsychologen auslagert und ob mobile Container eine Option sind. Herr Zwicker erwidert, dass der Umbau der Räume zeitaufwendig ist und ggf. länger als die Aufstellung von Klassenraumcontainer dauern kann.

Der Ausschuss diskutiert, für welche Aspekte des Vorhabens welcher Ausschuss zuständig ist.

Frau Kärgel bemängelt die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, da man keine zeitnahen Infos bekommen hat. Herr Lieberknecht erwidert, dass das angrenzende Grundstück nicht zur Verfügung steht, hat man erst spät erfahren. Die Alternative scheiterte an der Grundbuchbelastung. Daher musste man dann Möglichkeiten auf dem Schulhofgelände suchen. Man muss erst die Möglichkeiten auf ihre Machbarkeit und Kosten prüfen und vernünftige Lösungen finden, bevor man diese vorstellen kann.



Herr Dr. Murphy berichtet, dass man im BKS irritiert war, warum er in diesem Stadium nicht mit den Planungen befasst wird, da Schulbauten erhebliche pädagogische Konsequenzen haben. Er stellt den Antrag den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: „...,wobei unter Berücksichtigung des zu erstellenden Schulentwicklungsplanes eine mögliche langfristige bauliche Lösung weiterhin intensiv geprüft werden soll.“

Der Ausschuss ist geteilter Meinung, ob es vernünftig ist, den Schulentwicklungsplan abzuwarten, oder ob man sofort weiter planen muss.

Herr Springer erklärt, dass die Verwaltung den Schulentwicklungsplan im September der Politik vorlegen will. Er wird für die nächsten 2-3 Jahre erstellt, wobei der Fokus auf den Raumfragen liegt. Herr Springer weist darauf hin, dass für die zwei Container, die im nächsten Jahr gebraucht werden, ein Beschluss benötigt wird, um die Mittel im nächsten Haushalt einwerben zu können.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, die beiden für das Haushaltsjahr 2015 vorgesehenen Container-Klassenräume für die Gebrüder-Humboldt-Schule auf dem Sportfeld des Schulhofes errichten zu lassen, wobei unter Berücksichtigung des zu erstellenden Schulentwicklungsplanes eine mögliche langfristige bauliche Lösung weiterhin intensiv geprüft werden soll.

Im kommenden Jahr ggf. zusätzlich erforderliche Container-Klassenräume sollen ebenfalls an diesem Standort errichtet werden.

**7.2.) Neubau einer städtischen Wohnunterkunft an der Feldstraße
hier: Baubeschluss
Vorlage: BV/2015/048**

Die Architektin Frau Zadeh stellt die Planungen anhand einer kleinen Präsentation vor. (Die Präsentation ist im Bürger- und Ratsinformationssystem unter dieser Sitzung einsehbar.)

Herr Rüdiger erkundigt sich wie oft die Holzfassade gestrichen werden muss. Frau Zadeh erklärt, dass es sich bei Holzfaserplatten um hochmoderne Baustoffe handelt, die keinen höheren Pflegeaufwand benötigen als eine normale Fassade.

Herr Ahlemann fragt, wie viele Personen untergebracht werden sollen. Frau Zadeh erklärt, dass die Belegung erst im nächsten Schritt geklärt wird.

Auf Nachfragen führt sie aus, dass die Planungen auch an einem anderen Standort realisiert werden können, wobei natürlich gewisse Änderungen nötig sein werden. Eine Umnutzung ist möglich, da es sich schon jetzt um ein normales Wohngebäude handelt. So kann man Einzimmer-Appartements schaffen, aber auch mehrere Zimmer zusammenschalten.

Auf Fragen nach der Größe der der Appartements und der Fördermöglichkeiten vom Land antwortet Herr Zwicker, dass man noch keine exakten Grundrisse hat, die Wohnfläche aber insgesamt um die 530 m² liegt. Bei voller Auslastung würden Mietzahlungen von 95 - 100.000 € möglich sein, die die laufenden Folgekosten decken müssten. Direkte Zuschüsse gibt es für dieses Projekt nicht. Die Verwaltung hat für ein anderes Projekt einen Antrag gestellt, um Geld aus einem Sonderförderkontingent des Kreises zu erhalten, das auch zugesagt wurde.

Frau Jungblut fragt, ob es sich bei den geplanten Gebäuden um normalen Standard handelt oder ob hier Luxusgebäude entstehen. Frau Zadeh erklärt, dass es sich um realistische Kos



ten für ein Gebäude auf unterem Niveau handelt, die notwendig sind, um überhaupt bauen zu können.

Herr Kloeve Korn führt für die CDU aus, dass sie weiterhin gegen diesen Standort und gegen ein Gebäude aus Holz ist. Sie hat andere und bessere Standorte genannt.

Herr Lieberknecht stellt fest, dass die Äußerungen Herrn Kissigs auf der Website der CDU diffamierend und kontraproduktiv sind. Holz ist ein moderner Baustoff, das hat mit Holzkisten nichts zu tun. Eine Kostensteigerung oder -explosion hat es nicht gegeben. Die Kosten von ursprünglich 800.000 € hatte die Verwaltung anhand der Erfahrungen mit der Unterkunft im Winkel ermittelt. Dabei handelt es sich um Kosten pro Bewohner. Nun wird aber für mehr Personen geplant und entsprechend wird es teurer. Natürlich kann man auch wieder kleiner oder abschnittsweise bauen. Dann bleibt man im ursprünglichen Kostenplan. Günstiger ist es aber, wenn die Planungen in einem Rutsch realisiert werden. Den Vorwurf, dass die Verwaltung zu langsam plant, weist Herr Lieberknecht zurück. Man muss erst abwarten, ob das Bürgerbegehren zustande kommt, solange muss die Ausschreibung zurückgehalten werden.

Auch Herr Dr. Murphy nimmt zum Beitrag Herrn Kissigs Stellung. Er stellt fest, dass sich in dieser Erklärung „gefährliche Mißtöne“ finden und das dies ein „Spiel mit dem Feuer“ ist. Die Flüchtlinge mit der Haushaltsproblematik zusammenzubringen, ist schlicht unstatthaft. Herr Kloeve Korn stimmt Herrn Dr. Murphy zu und versichert, dass diese Erklärung nicht die Meinung der CDU widerspiegelt und nicht mit der Fraktion abgesprochen ist.

Herr Grabau sagt, dass er über die Erklärung Herrn Kissigs schockiert ist und fordert, dass der Artikel entfernt und eine Gegendarstellung veröffentlicht wird. Er betont, dass Wedel „anders tickt“.

Frau Paradies kritisiert, dass die größere Anzahl der Personen in der Vorlage nicht erwähnt wird. Sie fragt, ob sich das Bürgerbegehren nicht erledigt hat, wenn die drei Eichen erhalten bleiben. Das wird verneint, da die Grünfläche nach der Bebauung nicht mehr in der gleichen Form öffentlich nutzbar ist.

Herr Ulbrich stimmt für die Grünen dem Projekt zu. Der Standort ist zentral, die Bauweise und die Anlage mit Innenhof sind sehr gelungen und schonen darüber hinaus die Nachbarn. Auch die SPD unterstützt den Beschlussvorschlag und hat auch mit dem Baumaterial Holz keine Probleme.

Herr Dr. Murphy begründet die Zustimmung der Linken damit, dass 1. der Standort die Mehrheit der Fraktionen gefunden hatte, 2. in diesem Entwurf die Willkommenskultur ernstgenommen wird und 3. eine langfristige Nutzung gegeben ist.

Der Ausschuss beschließt mit 8 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, vorbehaltlich einer Bereitstellung ausreichender Finanzmittel durch HFA und Rat, den Bau einer städtischen Wohnunterkunft auf dem Grundstück Feldstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße wie vorgestellt in Holz-Modulbauweise umzusetzen.

Die geschätzten Gesamtkosten dieses Bauvorhabens betragen 2.000.000,- €.

Um 20:27 Uhr schließt der Vorsitzende die Öffentlichkeit aufgrund des Beschlusses zur Tagesordnung von der weiteren Beratung und Beschlussfassung aus.



10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Es ist keine Öffentlichkeit mehr anwesend. Der Ausschuss hat Planungsleistungen für den
Neubau einer Unterkunft (BV/2015/052) beschlossen.

gez. Thomas Grabau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift

18.06.2015

18.06.2015

